

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Biestrichlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholbar vom Postamt 0,65 RM;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Berliner Landesrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 66.

Berlin, Mittwoch, 21. August 1907.

Neununddreißigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Politik und Genossenschaften. — Deutschland in Zahlen.
— Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereine-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Politik und Genossenschaften.

In voriger Woche tagte in Leipzig der 48. Allgemeine Genossenschaftstag. Bei den freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften und den Deutschen Gewerkevereinen von Anfang an bestanden haben, interessieren uns natürlich auch alle wichtigen Vorgänge in jenen Organisationen. Der Begründer des deutschen Genossenschaftswesens, das so großartige Erfolge aufzuweisen hat, stand auch an der Spitze unserer Deutschen Gewerkevereine. Wir werden es Schulze-Delitzsch nie vergessen, daß er bei den ersten großen wirtschaftlichen Kämpfen, in die unsere Gewerkevereine bald nach ihrer Begründung verwickelt wurden, energisch einstand für unsere Sache. Weil aber Schulze-Delitzsch und Dr. Marx hinsichtlich Fortschrittmänner waren, so wurden ihre Werke als freisinnige Gründungen angeprochen. Wir haben diese Bezeichnung, soweit sie unsere Gewerkevereine betraf, mit unwiderleglicher Beweiskraft zurückgewiesen und konnten uns dabei stützen auch auf die durch unumstößliche Tatsachen bewiesenen Erklärungen unseres Dr. Marx hinsichtlich...

Wie kam man überhaupt dazu, die Gewerkevereine wie die Genossenschaften als freisinnige Organisationen zu bezeichnen? In jener Zeit, als die Genossenschaften von Schulze-Delitzsch und die Gewerkevereine von Dr. Marx hinsichtlich gegründet wurden, kümmerten sich ernstlich eben nur einige Fortschrittmänner um die Hebung der Lage des Handwerks und der Arbeiter. Die Gegner rechts und links von uns und den Genossenschaften haben inzwischen erkennen lernen müssen — so mächtig wirken die Tatsachen! — daß die berufliche Organisation der Arbeiter und die genossenschaftliche Organisation der Handwerker in Kredit- und Einkaufsvereinen, und der Arbeiter in Konsumvereinen, zu den allerwichtigsten Mitteln zu rechnen sind, durch die die Sache der Arbeiter und Handwerker wirksam gefördert werden kann. Schon die Tatsache, daß die praktischen Erfahrungen die Handwerker und Arbeiter aller Parteien von der Wahrheit der Lehren, wie sie Schulze-Delitzsch und Dr. Marx hinsichtlich aufgestellt haben, überzeugen mußten, sollte die Gegner davon abhalten, die von den großen Volksmännern geschaffenen Organisationen noch fernerhin zu verkleinern.

Auf dem Leipziger Genossenschaftstag haben sich nun auch die Schulze-Delitzsch'schen Betriebsverbände energisch dagegen verhalten, daß sie eine parteipolitische Tendenz hätten oder irgend einer Partei verpflichtet wären. Der Anwalt der Deutschen Genossenschaften, Landtagsabgeordneter Dr. Erüger, hat mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht, daß die Genossenschaftsbewegung von dem Streik der Parteien unabhängig bleiben müsse. Angehörige der verschiedensten Parteien, die als Genossenschaftler nach Leipzig gekommen waren, bestätigten diese strenge Neutralitätserklärung. Professor Faßbender-Berlin, der dem Zentrum angehört, sagte:

Herr Erüger hat mit Recht betont, daß die Genossenschaftsbewegung einen streng unpolitischen Charakter tragen

muß. Ich unterschreibe diese Ansicht, besonders mit Rücksicht auf das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Seit einer Reihe von Jahren ist man nämlich in landwirtschaftlichen Kreisen bemüht, auch das Genossenschaftswesen in allzu enge Beziehung zu dem Bauernelement zu bringen. In die Statuten für einzelne landwirtschaftliche Genossenschaftsverbände ist die Bestimmung aufgenommen, daß die Mitglieder der betreffenden Genossenschaft zugleich Mitglieder des Bauernvereins sein sollten. Damit ist eine Verbindung hergestellt zwischen Genossenschaftsbewegung und agrarischer Wirtschaftspolitik. Ich halte eine solche Verbindung für idealisch und bin der Meinung, daß jede Politik auf den Genossenschaften ausgeübt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Der konservative Landrat Berthold-Blumenthal, ein um die Baugenossenschaften hochverdienter Mann, brachte den gleichen Gedanken zum Ausdruck:

Es muß konstatiert werden, daß mich eine besondere Freundschaft mit Herrn Dr. Erüger verbindet: er, der geborene Oppositionsredner im Parlament, der freisinnige Volkstribun, und ich, der simple preussische Landrat! (Heiterkeit.) Im Gesamtausschuß des Allgemeinen Verbandes ist die gesamte politische Parteienfamilie, wenigstens die des preussischen Abgeordnetenhauses, vertreten. Ich kann hier auf Grund langjähriger Erfahrung öffentlich erklären: Wir haben immer die politische Anschauung des Gegners respektiert und das Schicksal gehabt, nicht den Politiker mit dem Genossenschaftler durchgehends zu lassen, sondern den Politiker für den Genossenschaftler an die Spitze zu legen. Es ist nie der Versuch einer politischen Beeinflussung gemacht worden, nicht eine Spur davon habe ich je wahrgenommen. Ich hatte das von vornherein nicht erwartet. Wir sind alle Menschen, und in der politischen Weltanschauung kommen die Menschen sehr leicht dazu, alle Wege, die ihnen offen stehen, für ihre politische Zwecke zu benutzen. Das hatte ich auch hier erwartet, aber nichts dergleichen ist geschehen. Ich meine nicht, das auszusprechen zu können, ich muß aber auch hinzufügen, daß die ersten Männer von der anderen Seite es ebenso ehrlich meinen in ihrem Bestreben, die Politik draußen zu lassen. Wenn irgend etwas am Allgemeinen Verband „notorisch“ ist, so ist es das, daß in ihm keine Politik getrieben wird. (Lebhafter Beifall.)

Ähnliche Erklärungen gaben ab Direktor Reugebauer-Breslau: „Auch ich kann erklären, daß in unserem Verband nie Politik getrieben wurde“, und Justizrat Harner-Cassel: „Ich gehöre ebenfalls als Verbandsdirektor nicht der freisinnigen Partei an und kann versichern, daß nie irgend von Politik die Rede war“, und Direktor Spitz-Karlruhe betonte: „Die Genossenschaften müßten ein neutraler Boden sein, auf dem die Angehörigen der verschiedensten Parteien friedlich nebeneinander arbeiten“. Der königliche Rat, Direktor Probst-München, begründete einen diese Frage betreffenden Antrag des Gesamtaussschusses folgenden Wortlauts:

Der Allgemeine Genossenschaftstag der deutschen Gewerkevereine und Betriebsgenossenschaften legt ernste Bedenken entgegen, die immer wiederkehrende Behauptung, die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften ständen im Dienste politischer Parteien, würden zur politischen Agitation benutzt, von politischen Parteien beauftragt oder selbst irgend welchen Einfluß auf politische Bestrebungen aus. In der ganzen Geschichte des deutschen Genossenschaftswesens findet nicht statt, was diese Anschuldigungen behaupten vürmdete. Vielmehr wurden die Genossenschaften von Schulze-Delitzsch selbst und seinen Schülern jederzeit ermahnt, sich von allem politischen Getriebe fernzuhalten. Die Behauptung, die politische Tätigkeit der Genossenschaften sei notorisch, muß deshalb als vollständig unbegründet zurückgewiesen werden.

In der Begründung des einstimmig angenommenen Antrages schilderte Direktor Probst — wir folgen hier der „B. B.-Ztg.“ — die schweren Kämpfe, die Schulze-Delitzsch schon bei Gründung der deutschen Genossenschaften bestanden hatte, die von

viele Seiten, insbesondere von den Behörden, in ihren Bestrebungen verkannt wurden. Sie wurden für eine Art Auslehnung gegen die bestehende Ordnung der Dinge gehalten. Weil Schulze-Delitzsch als Parlamentarier der freisinnigen Partei angehörte, wurden auch seine Genossenschaften als eine freisinnige Schöpfung betrachtet, obwohl Schulze-Delitzsch von Anfang an bemüht war, alle politische Tätigkeit und allen politischen Einfluß aufs sorgsamste von ihnen fernzuhalten. Kein Wunder, daß Schulze-Delitzsch in seinem Kampfe zunächst Hilfe und Unterstützung in den Kreisen seiner politischen Freunde suchte und fand. Aber er war ein Mann des Volkes und wußte, daß er bei seinem in allererster Reihe für die kleinen Handwerker und Arbeiter bestimmten Werke auch in erster Reihe auf diese kleinen Leute als Mitarbeiter angewiesen war, und daß er sie zu sich heranzuziehen und für seine Lebensarbeit gewinnen und begeistern mußte. Er wußte, daß da kein Unterchied aufkommen durfte zwischen politischen Anschauungen irgendwelcher Art. Darum war es einer seiner wichtigsten Grundzüge, den er immer wieder seinen Schülern einzuprägen bemüht war: keine Vermischung politischer Tätigkeit mit genossenschaftlicher Arbeit.

Wie Schulze-Delitzsch, so waren auch seine Nachfolger in der Anwaltschaft bis auf den heutigen Tag freisinnige Parlamentarier. Aber niemals haben sie geduldet, daß der Verband der Genossenschaften eine politische Tätigkeit entfalte.

An der Spitze des Bundes der Landwirte stehen ausschließlich konservative Parteiführer. Niemand würde es einfallen deswegen den Bund der Landwirte zu einer parteipolitischen Organisation zu stempeln, wenn der Bund dies nicht selbst getan hätte durch seine Stellungnahme in den Kreisversammlungen und bei den Reichstagswahlen.

Und an der Spitze der „freien“ Gewerkschaften stehen sozialdemokratische Parteiführer, aber niemandem fiel es ein, jene deswegen als sozialdemokratische Gewerkschaften zu bezeichnen. Das konnte erst geschehen, nachdem die Gewerkschaften sich selbst als „eins mit der Partei“ erklärten und die Zusammengehörigkeit beider auf den sozialdemokratischen Parteitag ausdrücklich betont wurde.

Die den Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften angehörenden Männer werden, jeder in seiner Partei, gewiß auch ihre politischen Bürgerpflichten erfüllen. Wer sich der Pflichten gegen sich und seine Familie und in Sachen des Volks und des Vaterlandes nur einigermaßen bewußt ist, kann politisch nicht indifferent sein. Die Verschiedenheit der politischen Meinungen muß aber in dem Augenblick vergessen sein, wo es sich um Ansehen und Ehre der Genossenschaften handelt. Der Leipziger Genossenschaftstag hat von dieser Einmütigkeit ein glänzendes Zeugnis abgelegt.

Unser Verbandstag jüngsten in Berlin nahm eine ähnliche Stellung ein. Auch er war weit davon entfernt, die Rolle des politischen Vormundes spielen zu wollen. Knapp und klar heißt es in dem vom Verbandstag geschaffenen grundlegenden Programm: „Die Gewerkevereine sollen, um die Durchführung ihrer Aufgaben wirksam zu fördern, alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses umfassen. Sie sind mithin religiös neutral und parteipolitisch unabhängig.“

Die Neutralität und Unabhängigkeit der Organisation entbehrt ihre Mitglieder natürlich nicht von der Erfüllung ihrer politischen Bürgerpflichten. Möge es hierbei auch vorkommen, daß Gewerksvereiner gegeneinander kämpfen. Das ist bei der Verschiedenheit der politischen Meinungen unvermeidlich. Wo es sich dann aber um die Verwirklichung der Gewerksvereinsforderungen und um die Ehre und das Ansehen der Organisation handelt, da sollen und müssen alle wieder einhellig zusammen stehen. Der Leipziger Genossenschaftstag gab uns darin ein ebenso rühmliches wie nachahmenswertes Beispiel.

Deutschland in Zahlen.

Soeben erschien im 28. Jahrgang des „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt. Viele hundert Seiten Zahlen zu lesen, ist gewiß nicht ganz so leicht, wie das Lesen eines flüssig geschriebenen, belehrenden Werkes oder leichten Romans. Dafür aber ist das Lesen der Tabellen um soviel interessanter.

Die wissenschaftliche Statistik kennt keine Tendenz und keine Partei. Ihr liegt allein daran, die Tatsachen festzustellen. Die Zahlen reden, ja sie reden vielsach eine geradezu brutale Sprache; da hilft kein Dröhen und Drosten, was durch eine gewissenhafte Statistik festgelegt ist, kann nicht mehr umstritten werden.

Wir beabsichtigen nun in einer Artikelreihe die interessantesten Zahlen des Deutschen Reiches aus jenem „Jahrbuch“ hier wiedergeben, weil es ungemein interessant ist, wichtige, durch Zahlen fest ungenutzte Tatsachen kennen zu lernen.

Im Flächenmaß ist Deutschland 540 777,5 qkm (= Quadratkilometer) groß.**) Preußen allein umfaßt schon 348 702,1 qkm. Nächst Preußen ist Bayern das größte deutsche Staatswesen, denn es dreht sich aus über eine Fläche von 75 870,2 qkm. Dann folgen das Königreich Württemberg mit 19 511,7 qkm, das Großherzogtum Baden mit 15 067,7 qkm, das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin mit 13 126,9 qkm und hiernach das Königreich Sachsen mit 14 992,9 qkm. Alle außerpreussischen Staaten Deutschlands zusammen genommen, eingeschlossen also auch die hier nicht besonders genannten kleineren Staaten und einschließlich Fisch-Verbringen, umfassen 192 075 qkm. Preußen allein ist hiernach räumlich fast doppelt so groß als die übrigen Staaten zusammen. Der Drang nach Freiheit aber kommt aus den kleinen Staaten. Dabei ist Preußen leider in Deutschland hinteran.

1905 wurden in Deutschland gezählt 29 884 681 männliche und 30 758 597 weibliche Personen, mithin die Gesamtbevölkerungszahl 60 643 278 betrug. Seit dem Jahre 1871 hat die deutsche Bevölkerung um 47,7 pCt. zugenommen. 1871 wohnten erst 75,9 Personen auf 1 qkm, während um 1905 diese Zahl bereits auf 112,1 stieg. Greift man noch etwas weiter zurück, nämlich auf das Jahr des erneuerten Preußen, 1816, da betrug die Bevölkerungszahl nur etwa 1/3 der heutigen Ziffer, nämlich 24 839 000. Bis zum Jahre 1855 stieg sie auf 36 114 000 und im Jahre 1905 auf 60 643 000. Von 1816—1905 betrug der durchschnittliche jährliche Bevölkerungsüberschuß 1,01 pCt. Dieser Ueberschuß ist aber auf etwa 1 1/2 pCt. gestiegen, was jetzt pro Jahr fast 1 Million Menschen ausmacht. Der volkswirtschaftliche Apparat muß leidlich gut funktionieren, wenn es gelingt auf unveränderter Bodenschätze in jedem Jahr eine Million Menschen mehr unterzubringen, beschäftigen, ernähren und zu kleiden.

Die Zahl der Familien betrug 1905 im ganzen Reich 12 247 691 mit zusammen 57 811 495 Personen. Das menschliche Leben währet 70, wenn's hoch kommt 80 Jahre. Nur eine kleine Anzahl erreicht dieses biblische Alter.

1,42 pCt. der gesamten Bevölkerung steht im Alter von 70—75 Jahren. Es sind dies 446 185 weibliche und 356 589 männliche Personen. Für die Altersklasse von 75—80 Jahre kommen nur noch 0,85 pCt. der Bevölkerung in Betracht, nämlich 267 984 weibliche und 210 793 männliche Personen. Ein Alter von 80—85 Jahren erreichen gar nur 0,86 pCt. der deutschen Bevölkerung und zwar 115 708 weibliche und 88 271 männliche Personen. Im Alter von 85—90 Jahre stehen 32 414 weibliche und 22 455 männliche Personen. In der nächsten Altersperiode 90—95 Jahre gibt es noch 5571 weibliche und 3306 männliche Personen. 95—100 Jahre alte Personen wurden 777 weibliche und 329 männliche gezählt. Ueber 100 Jahre zählten 32 weibliche und 8 männliche Personen. Diese Ziffern zeigen, daß die Lebensfähigkeit des weiblichen Geschlechts durchweg größer ist als des männlichen.

*) Wer das Zahlenbuch selbst lesen will, kann es für 2 Mk. durch Postamt & Büchdruck in Berlin beziehen. **) In einem späteren Artikel werden wir Größe und Bevölkerungsziffern der anderen europäischen Länder in Vergleich stellen.

Nach der Zählung vom 1. Dezember 1900 gab es 73 599 städtische Gemeinden mit 25 734 103 Personen. Städtische Gemeinden wurden 3380 mit 30 633 075 Bevölkerungsziffer festgelegt.

Dem Glauben bekennnisse nach gab es 35 281 104 Evangelische, 20 327 913 Katholiken, 586 833 Israeliten, 203 793 Sonstige und 17 535 Bekenner anderer Religionen und Personen unbekannter Religion.

Mehr als 10 000 Einwohner hatten 526 Gemeinden. In der Landwirtschaft, Gärtnerei, Viehzucht, Forstwirtschaft und Fischerei lebten nach der letzten Berufszählung am 14. Juni 1895 im ganzen Reich 18 501 307 Personen. Im Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Baugewerbe lebten 20 253 241 Personen. In Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft wurden 5 966 846 Personen gezählt. Der Rest der Bevölkerung besteht aus Personen im häuslichen Dienste und für Volontariat wechselnder Art, aus den Personen des Militärs- und Zivildienstes und der sogenannten freien Berufe und aus den Personen ohne Beruf.

1905 betrug die Zahl der Eheschließungen in ganz Deutschland 495 906, die Zahl der Geborenen 2 048 453 und die Zahl der Gestorbenen 1 255 614, so daß das Jahr einen Bevölkerungserüberschuß von 792 839 Personen ergab. Unter den Neugeborenen kommen auf 100 Mädchen 106 Knaben. Dieser Ueberschuß an männlichen Kindern wird aber schon in den ersten 5 Jahren wieder aufgebraucht. Im Alter von 5—6 Jahren gibt es bereits 800 weibliche Kinder mehr als männliche. Bis zum 20. Lebensjahre halten die Zahlen beider Geschlechter einander ungefähr die Waage. Das männliche Geschlecht gewinnt sogar wieder einen kleinen Vorsprung. 20 Jahre alte Personen gibt es 5 138 224 männliche und 5 094 438 weibliche. Von da ab kommen die weiblichen Personen wieder zu einer die männlichen überwiegenderen Zahl. Der Vorsprung hält bis ins höchste Alter an, wie das schon an anderer Stelle dieses Artikels gezeigt worden ist. Trotz der größeren Zahl männlicher Geburten übertrifft die Zahl der weiblichen die Zahl der männlichen Personen fast um 1 Million.

Bei der Verzweigung kommen zeitweilig recht ungleiche Alter zusammen. 690 Männer heirateten, als sie noch nicht 20 Jahre alt waren. Einer von diesen hatte sogar die Courage, ein Mädchen zu heiraten, das bereits 45 Jahre alt geworden war. Die übrigen 689 heirateten Mädchen von unter 16 bis zu 40 Jahren. Von 20 bis unter 21 Jahren nahmen schon 1891 junge Männer die Verantwortung für eine Familiengründung auf ihre Schultern. In den meisten Fällen war die Braut im ungefähren gleichen Alter, aber auch hier kamen Fälle vor, wo die Braut bereits das 45. Lebensjahr erreicht hatte. Die größte Zahl der Männer heiratete im Alter von 25—26 Jahren, nämlich 55 859. Einer von diesen Ehegatten führte eine Braut heim, die bereits über die 60 Jahre hinaus war. Ueber 60 Jahre gab es noch 3788 heiratsfähige Männer, wovon 2 lügen genug waren, Mädchen zu heiraten, die das 17. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. In 553 Fällen waren die Bräute der über 60 Jahre alten Männer ebenfalls über 60 Jahre alt. Aber nicht alle Ehen sind von dauerndem Bestand. Allein im Jahre 1905 wurden 11 147 Ehen durch rechtskräftige Urteile für gelöst erklärt. Das Wort Schillers: „Drum pfeife, wer sich ewig bindet, ob sich das Herz zum Herzen findet,“ hat hiernach nicht immer ausreichende Würdigung erfahren. Auf dieses Konto ist gewiß auch ein Teil der Selbstmorde zu setzen. Im Jahre 1905 haben 12 810 Deutsche das Tor zur Ewigkeit selbst geöffnet, darunter 9918 männliche und 2897 weibliche Personen. 31 074 Deutsche haben im Jahre 1906 den Staub der Heimat von den Pantoffeln geschüttelt und sind ausgewandert; der größere Teil — nämlich 29 226 — nach den Vereinigten Staaten von Amerika. K. G.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 20. August 1907.

Ein „alter Gewerksvereiner“. Ein alter Gewerksvereiner hat der Metallarbeiterzeitung einen Brief geschrieben, mit drei langen Stoßheuern. So erzählt wenigstens die „große Deutsche“ der faunenden Rivolt. „Ein alter Gewerksvereiner!“ Das stimmt den Menschen nachdenklich. „Ein alter Gewerksvereiner“ ... wo hat man das schon gehört? Sonst, wenn wir einen besonders kalten Winter haben, oder einen regnerischen Sommer, oder heiße Hundstage, dann erheben sich gewöhnlich „die ältesten Leute“ und erklären feierlich, nie in ihrem ganzen Leben so etwas erlebt zu haben. Und alle Welt glaubt es ehrfurchtsvoll. Auch wenn die „alten Leute“ erklären, es habe nie so kalte Winter und der helle Bohren („Saubohren“), oder so harten Stoddsch („Stippisch“) gegeben. Wenn im Mühlgraben im Bergbau ein Konflikt ist, oder bei Reichstagswahlen, oder bei verpumpten sozialdemokratischen Bierbockst, dann tritt „der alte Bergmann“ in die Bresche. Wie ein Gespenst erscheint er, niemand kennt Nam' und Ort. Er ist da und schreibt einen Artikel nach dem andern, bald als

Jeus, auf den Wollen sitzend und Blitze schwebend, bald leise, wie das Säusen eines sanften Südwindes, erdrückt er alles in Umfonde. Er arbeitet an allen Zeitungen, an sozialen, liberalen und liberalen, überall ist er der brave gute „alte Bergmann“. — Ober in München sollen im Hofbräuhaus die Bierpreise gehiebert werden. Der Preis eines Maßkruges soll auf 26 Pfg. zu stehen kommen. Fingst erscheint der „alte Münchener“ und wettert und laucht über Abscheulichs, laubbunnes; Praß, dantscher usw. Zu diesen Figuren tritt nun „der alte Gewerksvereiner“, der Metallarbeiterzeitung.

Die Figur ist neu, aber mir gelang es, die Tarn-Lappe zu lüften. Ich wohnte einer Unterhaltung des „alten Gewerksvereiners“ auf dem Bureau des deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart bei: Denn, das sei festgestellt, der „alte Gewerksvereiner“ hat nicht an den großen Alexander und den kleinen Georg in Stuttgart geschrieben, nein, er ist selbst in Stuttgart gewesen. Es war am 8. August. Der große Alexander war kaum auf sein Bureau gekommen. Er sah schwach und kränzlich aus, hatte er doch die ganze Nacht schlaflos zugebracht. Denn der internationale Metallarbeiterkongress nahte und die Unter-tanen König Eduards, die „dummen“ Engländer, drohten mit dem Austritt aus der internationalen Metallarbeiterorganisation. Schwer hingen die Wollen auf Alexanders internationaler Stirn und auch das sanfte Streicheln des kleinen Georg über den „Alexanderplatz“ vermochte sie nicht zu beruhigen. „Es klingelt! Der ewig lächelnde Johannes Scherer, Herausgeber eines Taschenbuchs für wandernde Arbeiter, öffnet. Ein altes Männchen tritt draußen, etwa 150 Jahre alt, langes weißes Haar, Mund ohne Zähne, Stelzfuß. „Gestatten, Herr Papstmann“, war seine Anrede ich bin ein „alter Gewerksvereiner“ und komme, um Ihnen meinen Schmerz zu klagen. Es ist schrecklich, helfen Sie mir, nehmen Sie drei Fragen von mir auf in die „große Deutsche“. Ich bin zu Fuß herumgewandert nicht einmal Reisegeld habe ich bekommen. Und die Eränen stoffen wie das Wasser im Nest in der Frühjahrszeit. Auf dem Bureau traten gleich der große Alexander, der kleine Georg und der lächelnde Johannes zusammen. Sanft fragt Alexander den „alten Gewerksvereiner“ nach seinen Wünschen. Drei Fragen, nur hauchte der alte Gewerksvereiner mit seiner Festsprache: 1. Warum sieht Goldschmidt noch an der Spitze des Verbandes der Gewerksvereiner, da Du großer Alexander doch längst den Silber schmidt an die Stelle haben wolltest? 2. Warum haben wir die Gewerksvereiner noch nicht aufgefressen? 3. Stimmt das, daß der Erlesen gefogt hat, wir seien dazu „absolut unfähig“? 4. Warum hat der Erlesen seine „Epigubentatistik“ noch nicht widerrufen, was er gefogt hat, ist doch nur alles Theorie und Du, großer Alexander, hast das in der Praxis doch schon seit 1894 oft und besser gemacht? Ein Anflug von Freude und Jubel floß über das Antlitz Alexanders. Gerührt schloß er den „alten Gewerksvereiner“ in seine Arme und jauchzte: Nun mögen die Engländer zum Teufel gehen, ich habe meinen „alten Gewerksvereiner“ Alter Mann, und nicht einmal Reisegeld hat man Dir ausbezahlt. Komm her, unser Vermögen beträgt 3. Rt. zwar nur 120 Morgens Sonnenchein, aber ich gebe Dir doch wenigstens ein warmes Abendbrod. Mit Dir fordere ich jetzt mein Jahrhundert in die Schranken. Gerührt sanken die zwei sich in die Arme, der ewig lächelnde Johannes schrieb emsig an seinem neuen Artikel „Hirsch-Dumdrarian“, während der alte Gewerksvereiner wieder nach Berlin wanderte. Alexander berrag vor lauter Freude, daß Mannschrip seiner großen Rede mit nach Brüssel zu nehmen. Und so kam es, daß der Kongress seine Rede vertagen mußte, weil sich die Post verspätet hatte.

K a s c h r i f t. Jena: in Baden: Soeben ver-haftete hier die Polizei den „alten Gewerksvereiner“ der „deutschen Metallarbeiterzeitung“. Es stellte sich heraus, daß Haar und Bart und Stelzfuß nur nach-gemacht sind. Bei Feststellung der Personalkarte ergab sich, daß der „alte Gewerksvereiner“ Bettelohn heißt und aus Berlin stammt. Wegen seiner Gemeingefährlichkeit wurde er in der Anstalt Jena, Abteilung für Unheilbare, untergebracht.

Die Gewerksinspektion der Gefängnisse. Auf Wunsch des Justizministers hat der Handelsminister in Preußen angeordnet, daß die großen Justizgefängnisse alljährlich durch den Gewerbeinspektor besichtigt werden. Ueber die Resultate der Besichtigung soll dem Oberstaatsanwalt jedesmal Mitteilung gemacht werden. Der Minister legt Gewicht darauf, daß bei diesen Besichtigungen nicht nur die von den Unter-nehmern benutzten Maschinen, sondern der ganze Arbeitsbetrieb geprüft werde. Eine solche periodische Revision der Gefängnisse mit größeren gewerblichen Betrieben, insbesondere derjenigen Anlagen, in welchen mit Maschinen gearbeitet wird, scheint ihm namentlich auch im Interesse der rechtzeitigen Ein-führung anderwärts erprobter Sicherheitsvorkehrungen dringend geboten.

Wie's trefft! Der frühere „Jahrbuch“-Redakteur... Die in den Konsumvereinen Angestellten sind aber anderer Meinung...

„Ein bringe es leicht fertig, den Mantel nach dem Sinne zu hängen... Es wurde folgende Resolution mit allen gegen eine Stimme angenommen: Die Mitglieder...

Die Mitgliederversammlung des Lagerhallerverbandes, bezug Hamburg, beantragt lebhaft die ablehnende Stellung des Gewerkschaftsrates in Düsseldorf...

Auch die Konsumvereinsangehörigen von Dresden führten in einer Versammlung im „Volkshaus“ lebhaft Beschwerde über die Sozialdemokraten als Arbeitgeber...

Die Versammlung protestiert entschieden gegen die Handlungsweise des Konsumvereins „Vorwärts“, die gesellschaftliche Organisation der Arbeit...

Das alte Lied. Wo die Sozialdemokraten Arbeitgeber sind, handeln sie um keinen Deut besser als der reaktionärste Kapitalist...

Arbeiterbewegung. In Brandenburg ist der Sturm im Glase Wasser vorübergegangen, ohne erst Unheil anzurichten. Die Metallarbeiterverbände haben nach zweitägigem Streik die Arbeit in der Elisabeth-Hütte wieder aufgenommen...

Auf der Fahrt nach... Die Droschkentreiber in Hannover werden, das ihnen die Parade bringt. Der nach Bremerode fahren wollte, sollte bei Hin- und Rückfahrt für eine einpännige Droschke 85 Mk. für eine zwöfpännige...

Droschke 50 Mk. und für einen herrschaftlichen Wagen 80 Mk. bezahlen. Das hannoversche Polizeipräsidium hatte dagegen folgende Preise festgesetzt: für die einfache Fahrt nach dem Paradeplatze (hin oder zurück) bei einer bis zwei Personen 10 Mk. bei mehr als zwei Personen 15 Mk. für die Fahrt hin und zurück bei einer bis zwei Personen 15 Mk. bei mehr als zwei Personen 20 Mk. Die Vorstellungen des Vereins beim Polizeipräsidium wurden kurz zurückgewiesen...

Verkräfteter Ferkelender. Im „Rothbäuer Anzeiger“ finden wir folgenden Gerichtsbericht. Wegen übler Nachrede war der Auktionser Otto Sch. aus Spremberg vom Schöffengericht in Spremberg im Juni dieses Jahres zu 50 Mk. Geldstrafe, im Untermögensfalle zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hat, wie das Gericht feststellte, am Tage nach der letzten Reichstagswahl einem ihm bekannten Zeugen gegenüber die Äußerung getan, der Gewerkschaftssekretär Elbel habe für Agitation zugunsten des freikonservativen Reichstagskandidaten Geld, nämlich 200 oder 250 Mk. angenommen. Das Gericht hat diese Behauptung gegenüber dem der freikonservativen Partei angehörigen Gewerkschaftssekretär als ehrenrührig und schwer beleidigend angesehen, da dessen Stellung dadurch stark geschädigt war, aber nur auf eine Geldstrafe erkannt, weil es hinsichtlich, daß die Äußerung lediglich im Verlaufe eines Gesprächs zwischen dem Angeklagten und dem diesem gut bekannten Zeugen gefallen sei. Aus diesem Grunde habe der Angeklagte nicht ohne weiteres annehmen können, daß die Äußerung weitergetragen werden würde.

Wegen das schöffengerichtliche Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt, über die die Ferienstrafkammer zu entscheiden hatte. Der Angeklagte behauptete seine Berufung darin, daß die Äußerung gar nicht in Form einer Behauptung, sondern nur in Form einer Frage dem Zeugen gegenüber getan worden sei, daß er ferner eine Beleidigung in derselben nicht finden könne, da der Nebenkläger politisch agitatorisch tätig sei und dafür bezahlt werde. Auch sei zwischen dem Zeugen und ihm schon am Tage vor der Stichwahl ein Gespräch geführt worden, in dem der Zeuge selbst geäußert habe: „Jeder liberale Mann muß morgen „rot“ wählen“. Unter seinem Eide bekennt der Zeuge Arthur Fr., daß die beleidigende Äußerung nicht die Form der Frage gehabt habe. Er (Zeuge) sei durch dieselbe veranlaßt worden, den Gewerkschaftssekretär dieserhalb zur Rede zu stellen und habe seine diesbezügliche Absicht dem Angeklagten gegenüber gleich geäußert. Zeuge lehnt es ausdrücklich ab, als ein „guter Freund“ des Angeklagten angesprochen zu werden, denn er habe ihn nur einige Male gelegentlich gesprochen. Für die Behauptung des Angeklagten, daß er mit ihm schon am Tage vor der Stichwahl gesprochen habe, ergibt die Vernehmung des Zeugen keinen Beweis. Der Bruder des Zeugen soll nach der Wahl, wie der Angeklagte behauptet, eine Äußerung bezüglich gezahlter Gelder an den Nebenkläger und den Zeugen in einem Lokal gemacht haben. Bei seiner Vernehmung bekennt dieser neue Zeuge, daß er in dem betreffenden Lokal gar nicht verkehrt.

Nebenkläger Gewerkschaftssekretär Elbel gibt die Erklärung ab, daß er im Wahlkreise Rothb.-Spremb. für die Stichwahl weder mündlich noch schriftlich agitatorisch tätig gewesen sei, da ihn seine eigene Reichstagskandidatur in der Wespriegnis sehr stark in Anspruch genommen habe. Er bestreitet auf das entschiedenste, von irgend jemand Gelder für eine politische Agitation zugunsten der freikonservativen Kandidatur empfangen zu haben. Seitens der Verteidigung (Herr Rechtsanwalt Gulenberg) wurde Freisprechung und Jubilung des Schutzes des § 193 des Strafgesetzbuchs in Antrag gebracht.

Herr Justizrat Hammerhmidt, als Vertreter des Nebenklägers, weist darauf hin, daß der Strafantrag nur ungenügend und erst dann gestellt worden sei, als das ehrenrührige Gericht gegen den Nebenkläger agitatorisch verurteilt und dadurch dessen soziale Stellung auf das Empfindlichste untergraben wurde. Das Gericht erachtete für festgesetzt, daß der Angeklagte die fragliche Äußerung, die eine äußerst schwere und ehrenrührige Beleidigung enthalte, in Form einer Behauptung zu dem Zeugen Fr. getan habe, und daß das Urteil des Schöffengerichts als sehr milde bezeichnet werden müsse. Wenn auch der Nebenkläger Berufung eingelegt hätte, wäre unbedingt auf eine Gefängnisstrafe erkannt worden. Der Schutzes § 193 sei dem Angeklagten unter keinen Umständen zugänglich. Die Berufung ist daher unter Belastung des Angeklagten mit sämtlichen Kosten verworfen worden.

Ueber das Einigungsverfahren in Jülich macht das „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ recht interessante Mitteilungen. Danach galt in der Stadt Jülich für die Vermittlung bei Arbeitseinstellungen bisher die städtische Verordnung vom 23. März 1895, nach welcher der Stadtpräsident auf Ersuchen einer oder beider streitenden Parteien, eventuell auch von Amts wegen ein Vermittlungsverfahren einleiten konnte, bei dem sich seine Tätigkeit aber lediglich auf das Zusammenrufen der Parteivertreter zur Wahl eines Präsidenten für den Einigungsamt beschränkte. Der Ausschuss hatte nur die Aufgabe, einen Einigungsversuch zu machen, der eventuell noch mit Zustimmung der Parteien vor einem sogenannten Ausschuss wiederholt werden konnte. Nachdem dieses Verfahren bei einigen größeren Streiks verlagert hatte, kam nach längerem Verhindlungen die städtische Verordnung betreffend das Einigungsamt vom 21. April 1906 zustande. Sie sieht ein ständiges Kollegium, bestehend aus drei Mitgliedern, drei Stellvertretern und einem Protokollführer vor, das vom Stadtrat auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt wird. Die Mitglieder dürfen weder Unternehmer noch Arbeiter sein. Bei einer drohenden Arbeitseinstellung oder Aussperrung haben beide Parteien ohne Verzögerung das Einigungsamt zu benachrichtigen, je drei mit Legitimationen versehenen Vertreter für die Verhandlungen zu bezeichnen und eine schriftliche Formulierung ihrer Forderungen einzureichen. Eventuell hat das Einigungsamt die Sache von sich aus in die Hand zu nehmen und die Wahl der Vertreter zu veranlassen. Die Parteien sollen, soweit es möglich ist, ihre Vertreter auch zum Abschluß eines Vergleichs ermächtigen und ihnen zu diesem Zwecke entsprechende Instruktionen mitgeben. Die Verhandlungen des Einigungsamtes sind öffentlich. Falls eine Einigung nicht zustande kommt, kann das Einigungsamt einen Schiedsspruch fällen.

Gewerkevereins-Teil.

§ Berlin. Das neue Programm. Es ist zwar nicht das neue Gewerkevereinsprogramm von dem hier die Rede ist, wohl aber das Programm des Diskussionsklubs für den kommenden Winter. Der Diskussionsklub, oder wie er mit seinem offiziellen Namen heißt: Der Gewerkevereinsklub für Volkswirtschaftliche, welcher sich bekanntlich zur Aufgabe gemacht hat, Wissen und Bildung unter den Gewerkevereinsmitgliedern zu verbreiten und nicht zuletzt auch Gelegenheit genug bietet, sich rednerisch auszuüben, was so schließlich Hauptzweck eines Diskussionsklubs ist, hat für den kommenden Herbst und Winter ein Programm aufgestellt, welches gerichtet sein dürfte, in weitestem Kreise der Gewerkevereinsmitglieder zu erwecken. Das Programm enthält eine Reihe von Vorträgen über ebenso interessante wie bedeutame Themen. Darunter sehr selten oder fast gar nicht behandelt werden, die doch aber nicht minder wichtig sind. Als Referenten haben sich eine Reihe von Kollegen zur Verfügung gestellt, die in der Gewerkevereinsbewegung bekannt sind. Die Beiträge sind folgende:

Die Stellung der Gewerkevereine zu den anderen Organisationen. Referent: Verbandssekretär Arden.

Die politischen Parteien Deutschlands. Referent: Redakteur Lewin.

Ueber Tarifverträge. Referent: Kollege Marohn.

Gewerkschaften und Gewerkevereine. Ref. Generalsekretär Winter.

Die internationale Arbeiterfrage. Ref. Gewerkevereinssekretär Trabert.

Vorformen. Ref. Generalsekretär Hartmann.

Entstehung der Gewerkevereine. Referent: Redakteur Gleichauf.

Partei und Gewerkschaften. Ref. Gewerkevereinssekretär Dornblüth.

Bauernoffenschaften und Gewerkevereine. Ref. Verbandssekretär Reusch.

Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen. Ref. Redakteur Lewin.

Klassenkampf. Ref. Generalsekretär Hartmann.

Agitation in Werkstatt und Fabrik. Ref. Kollege Schwarz.

Es ist wohl eigentlich unnötig für einen regen Versuch hier Bestreben zu machen, das Programm kritisch für sich selbst. Wer sich nur halbwegs für die Gewerkevereinsfrage interessiert und was sein Wissen fördern will, wird die Gelegenheiten wahrnehmen, sich die Vorträge anzuhören und auch Mitgeteilt werden. Redaktionen werden in jeder Sitzung entgegenkommen. Die Sitzungen finden jeden Mittwoch abends von 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandslokal statt. Die Beiträge werden am Ende August ihren Anfang nehmen, und werden dieselben vorher im „Gewerkeverein“ bekannt gegeben. Die Gewerkevereinsblätter werden in eigenem Interesse ihrer Organisation um Abdruck des Vorhergehenden gebeten. R. A. R. A., Schriftführer.

§ Brandenburg. A. G. Am Samstag, 3. August, hielt der diesjährige Ortsverband eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Neben den üblichen Punkten der Tagesordnung befaßte sich die Versammlung eingehend mit dem § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes. Kollege Schönefeld be sprach in seinem kurzen, sachlichen Referat die jetzige Fassung dieses Paragraphen und veranlaßte die auf das schärfste. Nach

